

F a k t e n u n d A r g u m e n t e



ABGEORDNETENHAUSWAHLEN:

Wahlkampfauftakt in Berlin

Mit der Unterstützung der Parteispitzen von CDU und CSU sowie der Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Berliner CDU den Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus eröffnet.

Spitzenkandidat Frank Steffel, die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, der Vorsitzende

Fortsetzung auf Seite 3

INHALT

SONDERPARTeitAG IN BERLIN:

Die Hauptstadt
ist zu kostbar
für marxistische
Experimente
SEITE 5

KONJUNKTUR:

Herr Schröder,
greifen Sie unsere
Vorschläge auf
SEITE 6 - 9

ANGELA MERKEL:

Chancen der Veränderung erkennen und nutzen

■ Angela Merkel: Chancen der Veränderung erkennen und nutzen (Seite 2) ■ Wahlkampfauftakt in Berlin (Seite 3-4) ■ Sonderparteitag Berlin: Berlin ist zu kostbar für marxistische Experimente (Seite 5) ■ Konjunktur: Herr Schröder, greifen Sie unsere Vorschläge auf! (Seite 6-8) ■ Konjunktur: 10-Punkte-Programm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 8-9) ■ Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Seite 10-12) ■ Konrad Adenauer Stiftung: Literatur an Norbert Gstrein (Seite 13) ■ CDU Niedersachsen Landesparteitag: Zu Hause fängt die Zukunft an (Seite 14-15) ■ Gesundheitspolitik: Rot-Grüner Murks im Gesundheitswesen (Seite 16-17) ■ Laurenz Meyer: Schröders Hand ist nicht ruhig, sondern lahm (Seite 17) ■ Aufgelesen: Kommentare aus der Presse (Seite 18-19)

Auf einem hochkarätig besetzten Kongress zur „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ hat Angela Merkel die Grundlagen ihres wirtschaftspolitischen Reformkonzepts vorgestellt.

„Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben eine unglaubliche Beschleunigung bewirkt“, betonte die Vorsitzende. Die Politik sei dieser Entwicklung jedoch nicht hilflos ausgeliefert. Vielmehr könne sie durch das Setzen „eines vernünftigen Ordnungsrahmens“ gestalterisch eingreifen. Da es beim Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft aber um qualitative Veränderungen gehe, müsse selbst ein so flexibles System wie die Soziale Marktwirtschaft auf die neuen Herausforderungen reagieren.

Angela Merkel machte deutlich, dass der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft darauf zurückzuführen sei,

dass Ludwig Erhards Konzept für die Menschen erlebbar „Wohlstand für alle“ bedeutete. Heute müsse eine Neue Soziale Marktwirtschaft dafür sorgen, dass „Teilhabe für alle in den verschiedenen Lebensbereichen“ erfahrbar werde. Konkret nannte die CDU-Vorsitzende 4 Bereiche: die Teilhabe an Wissen, an Arbeit, an der sozialen Sicherung und am Kapital.

Angela Merkel erläuterte ihre Vorstellung von einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Diese „Wir-Gesellschaft“ habe 3 Elemente: Die, die etwas leisten wollen, müssen auch die Freiräume bekommen, Leistung erbringen zu können. Die Soziale Marktwirtschaft muss sicherstellen, dass Hilfsbedürftige die Unterstützung der Solidargemeinschaft erhalten. Umgekehrt habe die Gesellschaft das Recht, von jedem die Leistung einzufordern, die er individuell erbringen könne.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos, suchten auf drei Plätzen in Berlin den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. In der PDS-Hochburg Hellersdorf/ Marzahn wurde die Berliner CDU durch die Generalsekretäre der CDU, Laurenz Meyer, und der CSU, Thomas Goppel, unterstützt. Alle Spitzenpolitiker sicherten dem Spitzenkandidaten für das Berliner Oberbürgermeisteramt, Frank Steffel, ihre volle Unterstützung zu.

Offensiver Wahlkampf

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel kündigte vor mehreren hundert Zuschauern auf dem Wittenbergplatz vor dem Kaufhaus des Westens einen „offensiven Wahlkampf“ an. Es gehe darum, dass „die CDU die führende Kraft in Berlin bleiben“ und „auch in Zukunft den Regierenden Bürgermeister“ stellen werde. Viele Menschen – auch außerhalb der Hauptstadt – würden die Vorgänge in Berlin genau beobachten. Das gelte besonders für die Art und Weise, wie sich die



„Sozialdemokraten aus der Verantwortung gestohlen“ hätten.

Synonym für Freiheit

„Berlin ist für die Menschen in Deutschland und in Europa geradezu ein Synonym für Freiheit und für den Widerstand gegen Unfreiheit“, sagte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber. Wenn jedoch die Sozialdemokraten diejenigen wieder an der politischen „Mitgestaltung und Mitverantwortung für Berlin beteiligen“ würden, die sich von ihrer Vergangenheit in der ehemaligen DDR noch nicht gelöst hätten, sei das für die Zukunft kein gutes Signal. Zudem benötige Berlin als „eine Stadt des Aufbruchs“ die wirtschaft-

liche Leistungskraft mittelständischer Unternehmer. Eine PDS-Mitregierung wirke jedoch angesichts der politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Hauptstadt kontraproduktiv.

Keine Chance für Extremisten

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, wies darauf hin, dass Rot-Grün weder im Bund noch auf Länderebene in der Lage sei, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu schaffen. „Gerhard Schröder steht mit seiner Wirtschaftspolitik vor einem Scherbenhaufen“, sagte Merz. Er habe die Versprechungen, die er den Deutschen vor drei Jahren

gegeben habe, nicht eingehalten. Der Fraktionsvorsitzende betonte weiter, dass sich die Union immer strikt geweigert habe, mit den Radikalen von rechts oder links zusammenzuarbeiten. Deshalb würden die Rechtsradikalen heute keine Rolle mehr spielen. „Wenn die Sozialdemokraten sich genauso verhalten hätten, hätte sich das Problem mit den Linksradikalen“ auch längst erledigt. Statt dessen trage die SPD entscheidend dazu bei, „die Linksradikalen wieder hoffähig zu machen“.

Keine neue Chance für marxistisches Experiment

„Wir möchten, dass unsere deutsche Hauptstadt ihr großes Ansehen in der Welt behält“, unterstrich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos. Es sei „unverschämt, dass Müntefering – angeleitet von seinem Parteichef Schröder – gegen die Regierung in Berlin geputscht“ habe. Die Bereitschaft, für die Hauptstadt auch finanziell einzustehen, könne in Deutschland abnehmen, wenn diejenigen, die Berlin gespalten hätten, im neu gewähl-

ten Berliner Senat vertreten sein sollten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Berliner CDU-Spitzenkandidat, Frank Steffel, erklärte: „Die Berliner sind empört über diesen Senat. Wir werden ihn am 21. Oktober abwählen.“ Berlin habe in den elf Jahren unter Eberhard Diepgen eine großartige Entwicklung genommen. „Wir haben eine pluralistische, weltoffene, moderne Metropole aus Berlin gemacht“. Wenn diese rot-rot-grüne Regierung bleibe, werde diese für Berlin positive Entwicklung nicht nur unterbrochen, sondern abgebrochen. Deshalb werde die Union geschlossen dafür kämpfen, dass der letzte SED-Vorsitzende Gysi keine neue Chance erhalte, das bereits im vergangenen Jahrhundert gescheiterte sozialistisch-marxistische Experiment in der Hauptstadt zu wiederholen.

Linksextreme Gruppen gewalttätig

Zu einem Eklat kam es auf dem Alexanderplatz. Dort wurden die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, CSU-Chef Edmund

Stoiber, der Bundestagsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz sowie der Berliner Spitzenkandidat Frank Steffel „aus den Reihen von Jungsozialisten“ (Focus-Redakteur Wolfgang Stock) mit Wurfgeschossen attackiert. Als linksextremistische Gruppierungen begannen, gefüllte Plastikflaschen und Batterien auf die Spitzenpolitiker zu werfen, musste die Veranstaltung abgebrochen werden. Die Spitzenpolitiker der Union kündigten an, dass man weiterhin den direkten Kontakt zu den Bürgern auf der Straße suchen werde: „Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und lassen uns nicht von der Straße vertreiben.“

„Das sind die Geister, die Herr Müntefering und Herr Wowereit gerufen haben. Sie haben die Linksradikalen hoffähig gemacht und die Stimmung im linken Lager aufgeheizt“, sagte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer. „Wir erwarten, dass nach den vorliegenden Tatsachen sich die Staatsanwaltschaft der Vorgänge annimmt. Hier handelt es sich nicht um Kavaliersdelikte, sondern um versuchte Körperverletzung und Sachbeschädigung.“

Berlin ist zu **kostbar** für marxistische Experimente!

Die Berliner CDU geht mit Frank Steffel als Spitzenkandidat in die im Herbst geplante Neuwahl des Berliner Abgeordnetenhauses.

Auf einem Sonderlandesparteitag wurde der Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus mit 97 % der Stimmen für das Amt des Regierenden Bürgermeisters nominiert. Frank Steffel erhielt 328 von 340 Stimmen. Frank Steffel, der keinen Gegenkandidaten hatte, war zuvor vom Landesvorstand der Berliner CDU als Spitzenkandidat vorgeschlagen worden. Der Wahlparteitag symbolisierte mit Großleinwand, Film, Musik, Plakaten, Konfetti und Papierschlängen den Aufbruch und die Geschlossenheit der Berliner CDU. Frank Steffel kündigte an, „bis zur letzten Sekunde dafür zu kämpfen, dass die Hauptstadt auch künftig von der Union regiert wird“. Er werde nicht zulassen, dass Berlin machtbesessenen Intriganten ausgeliefert wird, betonte Steffel, immer wieder von tosendem Applaus der Delegierten unterbrochen. Der Spitzenkandidat räumte ein, dass die CDU in



den vergangenen Monaten Fehler gemacht, jedoch im Gegensatz zur SPD diese eingestanden und daraus personelle Konsequenzen gezogen habe. Es sei „empörend“, dass die Wahlverlierer von 1999 den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen gestürzt hätten. Die rot-grüne Landesregierung sei kein „Übergangssenat“ sondern ein „Untergangssenat“, sagte Steffel. Zugleich übte er scharfe Kritik an der SPD, die „Steigbügelhalter“ der PDS sei. Steffel wies die Forderung von SPD, Grünen und PDS nach Wahlen bereits im September zurück. Die Union werde am 21. Oktober als Wahltermin festhalten. Zu Parteitagbeginn hatte CDU-Landeschef Eberhard Diepgen seine Partei zur Geschlossenheit im anstehen-

den Wahlkampf aufgerufen. Die Union wolle weiter politische Verantwortung in Berlin tragen und die Stadt keiner rot-rot-grünen Koalition überlassen, sagte der ehemalige Regierende Bürgermeister. Er warf der SPD vor, seit Monaten den Bruch der großen Koalition geplant und Neuwahlen vorbereitet zu haben. Diepgen betonte, für ihn sei es „eine Frage der politischen Kultur“, sich nicht auf die SPD-Forderung nach Wahlen im September einzulassen. Die CDU fordere Chancengleichheit bei der Wahlvorbereitung und genügend Zeit für die Diskussion mit dem Wähler.

Der Vorsitzende der CDU Brandenburgs, Jörg Schönbohm, sprach in einem Grußwort von einem „sozialistischen Roulette“ in der Hauptstadt. Die „schamrot-grüne“ Koalition sei aus reiner „Machtbesessenheit“ gebildet worden. Die Berliner SPD habe mit ihrem Ausstieg aus der großen Koalition und ihrer Zusammenarbeit mit der PDS entgegen ihrem Wahlversprechen die Glaubwürdigkeit von Politik erschüttert.

Herr Schröder, greifen Sie unsere Vorschläge auf!

Angesichts der sich konstant verschlechternden wirtschaftlichen Lage nahmen die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der CDU/CDU Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz Bundestagsaussprachen zum Anlass, um auf die wirtschaftspolitischen Defizite der Regierung Schröder aufmerksam zu machen.

ANGELA MERKEL:

(...) Es ist zu begrüßen, dass am letzten Wochenende eine Einigung über die Neuregelung des Finanzausgleichs gelungen ist, genauso wie es außerordentlich erfreulich ist, dass mit der Verabschiedung des Solidarpaktes II ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Planungssicherheit in den neuen Bundesländern gegangen werden konnte. (...) Herr Bundeskanzler, ich erinnere Sie daran, dass Sie am liebsten in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr über den Solidarpaket II gesprochen hätten (...) Man

hat auf einer klugen Grundlage, nämlich dem Gutachten von fünf Wirtschaftsinstituten, versucht, die wirklichen Finanzbedürfnisse der neuen Bundesländer in den nächsten 15 Jahren festzustellen. Herr Eichel, es gereicht Ihnen wirklich nicht zur Ehre, dass Sie in einem Schnellgutachten versucht haben, den einheitlich von allen Instituten auf 300 Milliarden DM festgelegten Bedarf noch einmal auf 157 Milliarden DM herunterzurechnen. Das war kein gutes Zeichen für die deutsche Einheit. (...) Beim Solidarpaket II geht es aber nicht um die Unterstützung irgendeines fernen Landstriches, sondern darum, dass in ganz Deutschland auf unterschiedlicher Basis gleichwertige Lebensbedingungen hergestellt werden.

Die Nachteile, die durch eine sozialistische und kommunistische Diktatur produziert wurden, werden noch über viele Jahre nachwirken und dürfen deshalb niemals in Vergessenheit geraten. (...) Es gibt sicherlich Programme, die Sie zu-



A. Merkel



F. Merz

sätzlich machen. Das klingt ganz gut. Aber wenn man sich zum Beispiel einmal das ganze Kapitel der Städtebauförderung anschaut, stellt man fest, dass die 900 Millionen DM, die in diesem Bereich hinzugekommen sind, durch Reduzierung der Förderung in anderen wichtigen Bereichen in den neuen Bundesländern finanziert worden sind. (...)

Wenn ich mir Ihre Kahl-schlagpolitik im Bereich der Bundeswehr anschau, ... wenn ich mir anschau, wie mit einem Symbolstandort, wie es Eggesin für die Vereinigung der Armeen war, umgegangen wird, dann kann ich nur sagen: Das motiviert die Menschen in den neuen Bundesländern nicht, sondern das demotiviert sie. Die Menschen in den neuen Bundesländern müssen aber motiviert werden.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, durch Ihre Politik der falschen Gesetze dem Osten mehr geschadet als dem Westen. Wer im Mittelstand über eine geringere Eigenkapitalausstattung verfügt, wer aufgrund seiner Geschichte geringere Möglichkeiten hat, sich zu konsolidieren, der ist von Ihrer falschen Gesetzgebung besonders betroffen. (...) Ich weiß nicht, ob Sie nicht verstehen, dass Politik nicht nur die Ausgabenseite, den Finanzrahmen betrachten darf, sondern dass Sie genauso die Pflicht hat, sich über die Einnahmeseite und über die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung Gedanken zu machen. Die Rücknahme des Betriebsverfassungsgesetzes zum Beispiel würde bedeuten, dass man mehr Entscheidungen auf betrieblicher Ebene treffen könnte. So, wie das bei VW möglich sein müsste, müsste das auch in anderen Bereichen der Fall sein. Das wäre für die neuen Bundesländer besonders wichtig. Wir sind in der Tat der Meinung, dass bei der Steuerreform, die vor weniger als einem Jahr verabschiedet wurde, so schlecht behandelt wurde, dass es ihm, insbesondere in den neuen Bundesländern, eher geschadet hat. Sie sehen es doch an den Daten. Des-

halb haben wir mit einem Sofortprogramm zum Ausdruck gebracht, dass Sie handeln müssen, Herr Bundeskanzler; denn Tatsache ist doch, dass Ihre ruhige Hand tief in den Taschen der Bürger steckt und immer wieder Geld herausnimmt, statt welches hineinzulegen.

FRIEDRICH MERZ:

(...) Wenn ich auf die Regierungsbank blicke, muss ich Ihnen sagen: In der Besetzung der Regierungsbank kommt zum Ausdruck, welchen Stellenwert die Regierung unseres Landes gegenwärtig der wirtschaftspolitischen Lage in Deutschland wirklich beimisst. (...) Sie sind dafür verantwortlich, dass die Bundesrepublik Deutschland nach zweieinhalb Jahren rot-grüner Wirtschaftspolitik Schlusslicht in Europa ist. (...) Die Inflationsrate in Deutschland ist höher als in der Europäischen Union. Die Wachstumsraten sind niedriger als in der Europäischen Union und die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland geht langsamer zurück als in den meisten anderen Ländern Europas. Dieses Problem hat einen Namen: Gerhard Schröder. (...)

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland wird zum Abschluss des ersten Halbjahres vermutlich einen neuen Höchststand erreichen. Besonders bedrohlich ist die Lage in den neuen Ländern. Dort ist die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 um 26 % gestiegen. Es waren allein im ersten Halbjahr 2001 22 300 Unternehmen. Dieser Umstand fügt unserem Land einen volkswirtschaftlichen Schaden von 30 bis 35 Mrd. DM zu. Es sind rund eine viertel Mio. Arbeitsplätze in Deutschland allein durch den Zusammenbruch von Unternehmen verloren gegangen. Das ist der Beweis dafür, dass die Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung nach zweieinhalb Jahren Rot-Grün gescheitert ist. Sie haben uns, als wir zu Beginn dieser Woche ein Zehn-Punkte-Programm für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung vorgelegt haben, entgegengehalten. (...) dieses Programm sei nicht finanzierbar, Wenn Sie sich wenigstens einmal die Mühe gemacht hätten, zu lesen, was wir Ihnen auf wenigen Seiten vorgelegt haben, hätten Sie feststellen können, dass acht von zehn Maßnahmen, die wir in diesem Programm vor-

schlagen, mit den Steuerhaushalten von Bund, Ländern und Gemeinden überhaupt nichts zu tun haben, sondern nur mit Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf drei Themenkomplexe eingehen.

Massive Regulierung

Sie befinden sich in einer Phase einer massiven Regulierung der Arbeitsmärkte in Deutschland. Wir fordern Sie noch einmal auf: Schaffen Sie das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung ab, schaffen Sie das Gesetz gegen die so genannte Scheinselbstständigkeit ab, beseitigen Sie das Gesetz, das befristete Arbeitsverhältnisse einschränkt, und beseitigen Sie vor allen Dingen das Gesetz, das einen unbegründeten und unbefristeten Rechtsanspruch auf Teilzeit gibt. (...) Warum kommen Sie nicht endlich mit Vorschlägen ins Parlament, wie man die Systeme von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenlegen kann? Warum machen Sie keine entsprechenden Vorschläge?

Lassen Sie mich ein Wort zur Betriebsverfassung sagen (...) Wenn wir in Deutschland

die Vorschläge umgesetzt hätten, die wir in der letzten Woche zur Modernisierung der Betriebsverfassung gemacht haben, dann hätten in diesen Tagen bei VW 5 000 Arbeitsplätze entstehen können, weil sich Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat und Belegschaft einig waren. Aber weil das Instrument der externen Funktionäre nicht aus der Hand gelegt worden ist, konnte Herr Zwickel verhindern, dass jetzt bei VW Arbeitsplätze entstehen. (...) Wir sind bereit, diese Diskussion zu führen. (...) Aber wir sind nicht bereit, hinzunehmen, dass Sie 15 Monate vor der nächsten Bundestagswahl von dieser Stelle aus erklären: Verantwortlich sind nur noch die anderen. Von dieser Position aus wird nur noch eine Politik dergestalt gemacht, darum zu konkurrieren, wer der beste Serienstar in einer Seifenoper ist. Diese Politik machen wir nicht mit.

10-PUNKTE-PROGRAMM DER CDU/CSU-FRAKTION

1. Sofortige Rücknahme der von der Koalition geschaffenen Beschäftigungshemmnisse

Der deutsche Arbeitsmarkt muss dringend dereguliert

werden. Die dem deutschen Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahren auferlegten gesetzlichen Bürden wirken einstellungsfeindlich. Die Regulierungsdichte ist zu hoch. Unternehmerisches Engagement wird zu wenig honoriert. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist es, die folgenden von der Koalition eingeführten Beschäftigungshemmnisse rückgängig zu machen:

- Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse
- Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit
- Einschränkungen bei befristeten Arbeitsverhältnissen
- Gesetz zur Begründung eines Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit.

2. Durchgreifende Reformen auf dem Arbeitsmarkt zur Verbesserung der Beschäftigungschancen

Weitere Reformschritte sind notwendig, die nicht nur die bislang begangenen Fehler korrigieren, sondern auch die für einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau notwendige Flexibilität und Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes herstellen können. Um die Einstellungschancen von Arbeitslosen zu verbessern, sollte diesen das Recht eingeräumt werden, gegen Vereinbarung einer Abfindungsregelung auf Kündigungs-schutzklagen zu verzichten.

3. Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Um die Effektivität der beiden Systeme zu verbessern, müssen Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt und so ausgestaltet werden, dass Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden. Die Anrechnung von Erwerbseinkommen muss reduziert werden, um die Wirkung der Sozialhilfe als Lohnuntergrenze aufzubrechen. Wer eine angebotene und zumutbare Beschäftigung ohne hinreichenden Grund ablehnt, muss den Anspruch auf soziale Leistungen verlieren.

4. Vorziehen der für die Jahre 2003 und 2005 vorgesehenen Entlastungsschritte bei der Steuerreform auf 2002

Als Sofortmaßnahme sind die für die Jahre 2003 und 2005 vorgesehenen Tarifsenkungen bei der Einkommensteuer auf das Jahr 2002 vorzuziehen. Damit wird das Belastungsniveau für Personenunternehmen dem der Kapitalgesellschaften angeglichen.

5. Schaffung eines einfachen und gerechten Steuerrechts

Das Steuerrecht ist grundlegend zu vereinfachen. Die Unternehmensbesteuerung

ist rechtsformneutral zu gestalten. Arbeitnehmer und Unternehmer sind spürbar und nachhaltig zu entlasten.

6. Verzicht auf die nächsten beiden Stufen der sogenannten „Ökosteuer“

Die sogenannte Ökosteuer entzieht den Bürgern Kaufkraft, treibt die Preise und schwächt die Binnenkonjunktur. Die gesamte Ökosteuer war von Anfang an falsch angelegt. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, als ersten Schritt auf die von der Regierungskoalition beschlossenen weiteren Erhöhungen in den Jahren 2002 und 2003 zu verzichten.

7. Schaffung einer modernen Betriebsverfassung

Die von Rot/Grün vorgenommenen Änderungen beim Betriebsverfassungsgesetz sind ein Rückschritt. Den Betrieben, insbesondere dem Mittelstand, entstehen in Folge einer Erhöhung der Zahl der Betriebsräte und der Freistellungen Zusatzkosten in Milliardenhöhe. Gebot der Stunde ist ein modernes, betriebsnahes Mitbestimmungsrecht, das Unternehmen und Beschäftigten Verhandlungssouveränität gibt und flexible Regelungen außerhalb starrer Tarifverträge ermöglicht.

8. Grundlegende Reform des Gesundheitswesens

Ohne ein geschlossenes Gesamtkonzept zur Gesundheitspolitik wird die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage sein, den derzeitigen Stand bei der sozialen Absicherung des Einzelnen aufrechtzuerhalten. Die auf diesem Gebiet längst überfälligen Reformen müssen zum einen mehr Transparenz und Wahlfreiheiten für die Versicherten beinhalten, andererseits aber auch mehr Spielräume in der Vertragsgestaltung für Krankenkassen, Krankenhäuser und Ärzte eröffnen.

9. Schließung der Infrastrukturlücken, insbesondere in den neuen Bundesländern

Um die Beschäftigungschancen insbesondere in den neuen Bundesländern nachhaltig zu verbessern, muss zusätzlich durch den Einsatz neuer Finanzierungsmodelle sichergestellt werden, dass die Infrastrukturlücken schnell geschlossen werden. Dies dient nicht nur der Förderung der daniederliegenden Bauwirtschaft, sondern auch der Schließung der durch fehlende Infrastruktur bedingten Lohn-Produktivitätslücken.

10. Öffnung der Märkte

Energie-, Telekommunikations- und Postmärkte sind konsequent weiter zu öffnen.

Gemeinden in Europa in die erste Reihe!

■ Alle Regierungs- und Verwaltungsaufgaben, die bürgernah in den Städten, Gemeinden und Kreisen erledigt werden können, dürfen nicht bei der anonymen staatlichen oder gar der europäischen Bürokratie landen, fordert der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Peter Götz**. Dafür werden klare und eindeutige kommunale Zuständigkeiten benötigt. Beim EU-Gipfel von Nizza im Dezember 2000 haben die Staats- und Regierungschefs eine Entscheidung über die Aufgaben- und Kompetenzregelung in Europa für 2004 angekündigt. Deshalb fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesrepublik und die Länder auf, im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses die kommunalen Spitzenverbände sowohl voll an der Konferenz der Europaminister der Länder als auch allen Konsultations- und Entscheidungsgremien in den Bundesministerien, insbesondere im Auswärtigen Amt und im Finanzministerium, zu beteiligen.

Nicht zu überbieten-der Zynismus

■ Zu dem Import embryonaler Stammzellen aus Aus-

tralien an die Kieler Universität erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Norbert Geis**: Dass Landesregierungen dieses Vorgehen auch noch unterstützen, beweist, wie wenig sich diese um unsere Gesetze kümmern. In Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein missachten deutsche Forscher das deutsche Embryonenschutzgesetz und erhalten dafür noch Beifall und Unterstützung von ihren Landesregierungen. Die Entnahme embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken ist in Deutschland eine strafbare Handlung, wenn dadurch die Embryonen zugrunde gehen (Embryonenschutzgesetz). Der Fall, dass auf diese Weise im Ausland Stammzellen gewonnen und dann nach Deutschland eingeführt werden, ist im Embryonenschutzgesetz nicht geregelt worden, weil der Gesetzgeber 1991 eine solche Entwicklung der Technik nicht vorausgesehen hat. Gleichwohl aber ist eine solche Umgehung eine schwere Missachtung der deutschen Gesetzeslage. Mit einem nicht mehr zu überbietenden Zynismus verletzen Ministerpräsident Clement in Nordrhein-Westfalen und Regierungsstellen in Kiel in

aller Öffentlichkeit ihren Amtseid, der sie darauf verpflichtet, die deutschen Gesetze zu wahren.

Funktionärs Einfluss

■ Der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, **Hansjürgen Doss**, erklärte zum Scheitern des VW-Tarifmodells (5000 zusätzliche Mitarbeiter zum Einheitslohn von 5000 DM), dass es der IG-Metall-Führung einzig und allein um die Stärkung der Gewerkschaftsfunktionäre in den Unternehmen und den Schutz der Arbeitsplatzinhaber geht. Um diejenigen, die händeringend einen Job suchen – die Arbeitslosen – kümmerte man sich nicht. **Hansjürgen Doss**: „Hier stiehlt sich die IG-Metall aus der Verantwortung – zuletzt der Beitrags- und Steuerzahler. Das beschäftigungsfeindliche Verhalten der IG-Metall bei VW gebe auch einen Vorgeschmack darauf, wie sich der mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz verbundene Funktionärs Einfluss auf betriebliche Entscheidungsabläufe auswirken werden: Statt der notwendigen Stärkung flexibler Regelungen außerhalb starrer Tarifverträge werde die Lähmung des Arbeitsmarktes in Deutschland

weiter vorangetrieben. **Doss:** Mehr Kosten, mehr Bürokratie und mehr Funktionsmitbestimmung führen nur zu weniger Flexibilität, weniger Investitionen und weniger Arbeitsplätzen.

Stiftung Bildungstest

■ Der für die „Stiftung Bildungstest“ zuständige Berichtersteller der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Norbert Hauser** erklärte:

In der deutschen Bildungslandschaft geht es teilweise zu wie auf einer Baustelle: Man versucht, mit wenigen finanziellen Mitteln die größten Schäden zu beseitigen und dem Ganzen vielleicht noch einen schönen Anstrich zu verpassen. Von dem großen Architektentwurf, der das Bildungshaus Deutschland einmal auszeichnete, ist nicht viel übrig geblieben. Es wird nur noch an Symptomen kuriert, weitreichende Lösungen werden jedoch nicht weiter verfolgt. Wie verfahren die Situation in der Bildungspolitik ist, sieht man am bestehenden Fachkräftemangel. Dieser lässt sich auf Grund langer Ausbildungszeiten von Jugendlichen und wegen der allseits bekannten demographischen Probleme weder kurzfristig noch mittelfristig mit jungen Nachwuchskräften behe-

ben. Die Lösung des Problems besteht im Ausbau von Weiterbildungsmaßnahmen. Das Problem besteht nicht darin, dass es zu wenig Angebote gäbe, sondern dass der Markt unüberschaubar geworden ist und es keine inhaltliche Qualitätsüberprüfung gibt. Es fehlt an Transparenz und damit an fairem Wettbewerb.

Hier kann die Gründung einer „Stiftung Bildungstest“ Abhilfe schaffen, wie es der Antrag der CDU/CSU-Fraktion vorsieht: Angelehnt an das gelungene Beispiel der „Stiftung Wertentest“ soll die „Stiftung Bildungstest“ insbesondere Weiterbildungsangebote bewerten und vergleichen sowie der breiten Öffentlichkeit – also den Kunden – unabhängige Informationen über Weiterbildungsangebote und ihre Qualität zur Verfügung stellen. Zusätzlich soll die Erteilung von Gütesiegeln für Weiterbildungsträger möglich sein. Die Überprüfung erfolgt unabhängig anhand von der „Stiftung Bildungstest“ festgelegter Kriterien. Nur so ist es möglich, Qualität und Effizienz im wachsenden Bildungsmarkt zu ermöglichen.

Naturschutz

■ Der Berichtersteller der CDU/CSU-Bundestags-

fraktion für den Naturschutz, **Cajus J. Caesar** erklärte: Diesen Ansprüchen wird der Regierungsentwurf bislang nicht gerecht. Naturschutz im Miteinander voran bringen, dieses Ziel der Unionsfraktionen wird angesichts der aktuellen Debatte zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes einmal mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dem verantwortlichen Handeln der CDU/CSU-Fraktion sind positive Ergebnisse in der Luft- und Wasserreinhaltung, im Bereich des Naturschutzes, aber auch Initiativen zum internationalen Klimaschutz zu verdanken. Auch künftig will und wird sich die Union auf der Grundlage von Ressourcenschonung und Artenvielfalt für einen erfolgreichen Naturschutz einsetzen. Dieses gilt auch und ganz besonders im Rahmen der Novellierung des Naturschutzrechtes. Das Ziel der Union, Nachhaltigkeit voranzustellen, die Umwelt zu erhalten, zu schützen, wiederherzustellen und weiterzuentwickeln. Zentrale Aufgabe hat es zu sein, auch zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt übergeben zu können. Naturschutz gelingt nur im Miteinander mit den vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen.

Deshalb müssen die verschiedenen Ebenen wie Länder, kommunalen Einrichtungen und insbesondere auch die Bürger einbezogen werden. Ein solches Vorgehen dient der Vertrauensbildung und erhöht die Effizienz jeglichen Handelns. Auch kann eine Gesamtnovellierung des Naturschutzrechtes nur dann ihrem Anspruch gerecht werden, wenn man die vollziehenden Länder unter diesem Gesichtspunkt mehr als bisher einbezieht und eine angemessene Anpassungsfrist für die Umsetzung formuliert.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deshalb den Vorschlag gemacht, sowohl den organisierten Naturschutz als auch Gruppen und Einzelpersonen durch sogenannte Patenschaften in ganz konkrete Vorhaben einzubinden. Die Weiterentwicklung des Vertragsnaturschutzes gehört zu unseren vordringlichen Zielen. Leider haben die Regierungsparteien unseren Antrag bei den letzten Haushaltsberatungen abgelehnt, 6 Mio. DM für diesen speziellen Bereich zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil warten sie im Rahmen der aktuellen Novellierungs-Diskussion mit unseriösen Kostenberechnungen auf, die jeden Sachkundigen den Kopf schütteln lassen.

GUNNAR ULDALL:

Nicht Belastung, sondern Entlastung

Zu der Behauptung von SPD-Generalsekretär, Franz Müntefering, das 10-Punkte-Sofort-Programm der Union würde 100 Mrd. DM kosten, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Das 10-Punkte-Sofort-Programm der CDU/CSU-Fraktion zur Konjunkturbelebung wird die öffentlichen Kassen nicht belasten, sondern entlasten und die Wirtschaftsstrukturen verbessern.

Richtig an den Äußerungen Münteferings ist, dass die Steuern gesenkt werden. Er übersieht aber dabei, dass eine richtig gemachte Steuerreform einen großen Teil der Steuerausfälle selber wieder durch eine Dynamisierung der Wirtschaft einspielen würde. Alle übrigen Punkte des Programms werden zu einer Entlastung der öffentlichen Kassen führen: ■ Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt und die Rücknahme der Beschäftigungshemmnisse werden viele neue Einstellungen zur Folge

haben.

■ Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozial

hilfe entlastet Bund und Kommunen. ■ Die Erleichterung betrieblicher Bündnisse für Arbeit führt zu zusätzlichen Arbeitsplätzen. ■ Eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens wird Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Sozialkassen entlasten. Die Äußerungen von Müntefering zeigen, dass die SPD inhaltlich den Unions-Vorschlägen nichts entgegenzusetzen hat. Sie können lediglich das Totschlagargument „zu teuer“ anführen. Die SPD denkt statisch, nicht in wirtschaftlichen Zusammenhängen. Das 10-Punkte-Programm ist kein kurzfristiges Konjunkturprogramm, sondern ein Programm zur Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen, das kurzfristig in Angriff genommen werden muss.



G. Uldall

Literaturpreis an Norbert Gstrein

Der österreichische Erzähler Norbert Gstrein erhielt im Mai im Weimarer Musikgymnasium Schloß Belvedere den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2001.

Besonders geadelt wurden der Preis und der Preisträger diesmal – so der Thüringer Ministerpräsident und neue Vorsitzende der Stiftung, Dr. Bernhard Vogel – durch den Laudator: den Schriftsteller und ehemaligen spanischen Kulturminister Jorge Semprún. Die Laudatio kam einem Vermächtnis gleich: von 1943 bis 1945 als Widerstandskämpfer im KZ Buchenwald inhaftiert, sagte Jorge Semprún im Hinblick auf Norbert Gstreins Roman *Die englischen Jahre* (1999), der von einem (fiktiven) österreichisch-jüdischen Emigrantenschicksal in



England erzählt: „Jetzt können und sollen Gedächtnis und Zeugnis Literatur werden“. Seit Norbert Gstreins ersten Erzählungen *Einer* (1988) und *Anderntags* (1989) sei eine Sprache am Werk, die die „konventionellen Redensarten und Sprachroutinen“ zerstöre, „um alles, was zum Schweigen – also zum Verlust und zum Verschwinden – verurteilt schien, im fabelhaften

Licht des Ausgesprochenen darzustellen“. In seinen wichtigsten Büchern, der *Novelle O2* (1993) und dem Roman *Die englischen Jahre*, seien Norbert Gstrein – so begründete die Vorsitzende der Jury, die Kölner Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Birgit Lermen ihr Votum – beim ersten „Spiel mit Fakten und Fiktionen Parabeln des Erinnerns und Erschreckens gelungen, die alle Aussicht haben, zum bleibenden Bestand der Gegenwartsliteratur zu zählen“.

Der Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung wird seit 1993 in Weimar verliehen. Zu den bisherigen Preisträgern zählen Louis Begley, Günter de Bruyn, Hilde Domin, Thomas Hürlmann, Sarah Kirsch und Burkhard Spinnen.



Zu Hause fängt die **Zukunft** an

Mit einer kämpferischen Rede ist die CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf dem Landesparteitag der CDU in Niedersachsen gegen ihre Kritiker in die Offensive gegangen. Eindringlich rief sie die Union zur Geschlossenheit auf und verbat sich weitere Angriffe aus den eigenen Reihen.

„Wer in Hintergrundgesprächen Gift und Salz in die eigenen Reihen streut, muß zur Verantwortung gezogen werden“, sagte Merkel. „Ich gehe davon aus, dass damit Schluß ist. Es gibt keine Alternative, als sich mit den politischen Wettbewerbern auseinanderzusetzen.“

Merkels Rede in der umgebauten Hildesheimer Sporthalle geriet zum gefeierten Gastspiel. Scharf attackierte die CDU-Vorsitzende die Kooperation von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin. Eine Partei, die sich nie von der Unterdrückung und der Besetzung in der ehemaligen DDR getrennt habe, „darf nicht in die Verantwortung kommen“. Die CDU-Chefin ging dabei vor allem den PDS-Spitzenkandidaten Gregor Gysi an, der als



Rechtsanwalt in der DDR Mandanten an die Stasi vertragen habe. „Über Gysi in Talk-Shows lachen und gleichzeitig über die PDS schimpfen, das geht nicht. Gysi und die PDS, das ist dieselbe Nummer.“

Niedersachsen ist Heide und Hightech

Am Ende ihrer gut einstündigen Rede überreichte CDU-Landeschef Christian Wulff der CDU-Vorsitzenden symbolträchtig einen Ableger des 1000jährigen Hildesheimer Rosenstocks, „der allen Wirrnissen widersteht, weil er enorme Wurzeln und viel Kraft hat“. Lobend fügte Wulff unter anhaltendem Beifall der Delegierten hinzu: „So eine

kluge Frau als Bundesvorsitzende kann sich keine andere Partei leisten, weil sie nicht darüber verfügt.“

Wulff selbst hatte tags zuvor mit einem kämpferischen Frontalangriff auf die Sozialdemokraten in Hannover und Berlin den Kampf um Niedersachsens Rathäuser am 9. September eröffnet. „Lasst uns hinausgehen und um die Rathäuser und Kreistage kämpfen“, rief er auf dem Landesparteitag in Hildesheim aus und schwor seine Partei auf das „Wir-Gefühl“, die Kommunen, die Heimat und das Land Niedersachsen ein. Getreu dem Parteitagsmotto „Zu Hause fängt die Zukunft an“ prangerte Wulff die Vernachlässigung der Familien, der Arbeitnehmer, der Rentner, der Schüler und des

ländlichen Raumes durch die SPD-Regierungen in Land und Bund an. Dass insbesondere der ländliche Raum sträflich vernachlässigt wird, gehörte zu den permanenten Schlüsselbotschaften Wulffs an diesem

Tag. Niedersachsen, rief Wulff aus, das sei mehr als Osnabrück und Hannover, Goslar oder Oldenburg. Niedersachsen seien auch Orte wie Clusorth-Bramhar und

Stirpe-Ölingen. Die Botschaft kam an. „Und Niedersachsen – das ist Heide und Hightech“, rief Wulff den Delegierten als Antwort auf das bayerische „Laptop und Lederhose“ zu.

Für Stimmung sorgten immer wieder Wulffs Angriffe auf den politischen Gegner. „Mittelstand ist überall dort, wo der Ministerpräsident und der Kanzler nicht hinkommen“, höhnte er und stellte die CDU als wahren Interessenvertreter der kleinen und mittleren Unternehmen dar. Mit süffisanten Scherzen rügte Wulff das Chaos der

niedersächsischen Bildungspolitik ebenso wie die „zutiefst unsoziale“ Politik der rot-grünen Bundesregierung, die die Inflation hochtreibe und damit vor allem Familien und Rentner belastete. „Bald sitzt die Oma hin-



ter dem Fernseher und tritt den Dynamo, damit die Kinder die Pokemon-Filme gucken können“.

Eckpunkte zur Gemeindepolitik

In Rage geriet die Nummer 1 der CDU in Niedersachsen besonders, als er die rot-rote Zusammenarbeit in Berlin ansprach. „Die PDS – das steht für Partei der Selbstschußanlagen“, so Wulff. Es sei in hohem Maße verlogen zu behaupten, wer mit demokratischer Mehrheit ins Parlament komme,

sei koalitionsfähig. „Dies ist ein Passierschein für Rechtsradikale, ein Blankoscheck für die PDS und ein Weißwaschmittel für die rechtsextreme DVU in Sachsen-Anhalt“.

Mit stehenden Ovationen feierten die 450 Delegierten und 150 Gäste ihren Vorsitzenden und genossen es geradezu, dass da jemand den nervenden Personalquerelementen etwas entgegengesetzt hatte.

Der CDU-Landesparteitag verabschiedete darüber hinaus Eckpunkte zur Gemeinde-Politik. Vorgesehen sind u.a. eine Senkung der kommunalen Gebühren, mehr Entscheidungsfreiheit auf Ortsebene und eine stärkere Polizei-Präsenz. Außerdem verabschiedete der Parteitag einen Leitartikel zur Familienpolitik. Danach sollen Familien mit Kleinkindern im Alter von bis zu drei Jahren 1200 Mark monatliches Familiengeld erhalten. Für Kinder bis 17 Jahre sollen 600 Mark gezahlt werden, bis 27 Jahre 300 Mark.

Rot-Grüner **Murks** im Gesundheitswesen

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Deutsche Bundestag mit den geplanten Beitragssatzerhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung beschäftigt.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann, erklärte, „allen Ablenkungsmanövern zum Trotz“ seien die Beitragssatzerhöhungen „allein auf den rot-grünen Murks in der Gesundheitspolitik“ zurückzuführen. Lohmann betonte, von der früheren Bundesregierung habe Schröder einen stabilen Beitragssatz und einen Milliardenüberschuss in der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen.

Mit den Wahlgeschenken, die Rot-Grün nach der Bundestagswahl 1998 verteilt habe, seien der gesetzlichen Krankenversicherung die Entlastungen jedoch wieder genommen worden. Zudem habe es die Koalition versäumt, sich mit den zentralen Herausforderungen der Krankenversicherung zu beschäftigen. Konkret nannte Lohmann den medizinisch-technischen Fortschritt und die Alterung

der Bevölkerung. Ungeachtet dieser strukturellen Veränderungen habe Rot-Grün mit dem sogenannten „Solidaritätsstärkungsgesetz“ der Krankenversicherung 1998 „neue Lasten aufgebürdet“ und den Menschen eingeredet, „Eigenverantwortung“ sei nicht länger notwendig.

Regierung soll Sofortprogramm vorlegen

Wolfgang Lohmann forderte Ministerin Schmidt auf, noch vor der Bundestagswahl ein Konzept für eine Gesundheitsreform vorzulegen. Im Bundeskanzleramt kursiert bereits ein Arbeitspapier, wonach Rot-Grün für die Bürger im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung eine Grundsicherung einführen will. Eine Entlastungswirkung ergebe sich – so das Arbeitspapier – „durch die Kürzung von Leistungen in der obligatorischen Krankenversicherung“. Die aus dem Katalog herausgenommenen Leistungen, wie z.B. Zahnersatz, könnten „auf freiwilliger Basis durch pri-



W. Lohmann



H. Seehofer

vate Zusatztarife finanziert“ werden. Außerdem sollen die freie Arztwahl eingeschränkt und die „aktiven Erwerbstätigen verpflichtet werden, eine zusätzliche Altersrückstellung für ihre Krankenversicherung im Rentenalter zu bilden“.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer, appellierte an die Bundesregierung, noch vor der Sommerpause ein gesundheitspolitisches Sofortprogramm vorzulegen. „Wir stehen auch für Sondersitzungen in der Sommerpause zur Verfügung“, sagte Seehofer. Er forderte die Gesundheitsministerin auf, die bereits verabschiedete Approbationsordnung für Ärzte auch im Bundesrat durchzusetzen, auf Budgets zu verzichten und den Patienten mehr Selbstbestimmungsrechte einzuräumen.

HORST SEEHOFER:

Wir brauchen einen **Neuanfang**

Das deutsche Gesundheitswesen befindet sich in einer Krise und die Verantwortung dafür trägt allein die Bundesregierung. Deshalb fordert die Union noch vor der Sommerpause ein Sofortprogramm.

Dieses Sofortprogramm muss drei Elemente beinhalten: ■ Wir brauchen mehr Qualität im deutschen Gesundheitswesen, d. h. die Me-

dizinerausbildung muss reformiert werden. Die von der Union bereits erarbeitete Approbationsordnung für Ärzte, die im Bundesrat liegt, muss verabschiedet werden. ■ Die Beteiligten im Gesundheitswesen müssen von all den Fesseln der Reglementierung und der Listenmedizin befreit werden! Die Positivliste hat keinen positiven Effekt. Jetzt wird sie als Mittel zur Lösung

der Probleme in der gesetzlichen Krankenversicherung angeboten. ■ Die Union fordert mehr Selbstbestimmungsrecht für die Patienten. Sie sollen in Zukunft selber über die Höhe ihrer Beiträge und über den Leistungsumfang entscheiden können. Nicht die Funktionäre im Gesundheitswesen müssen gestärkt werden, sondern die Patienten und die Versicherten.

LAURENZ MEYER:

Schröders Hand ist nicht ruhig, sondern **lahm**

Die Pläne aus dem Kanzleramt, eine Grundsicherung im Gesundheitswesen einzuführen, demonstrieren das Misstrauen des Kanzlers gegenüber seiner eigenen Ministerin.

Jetzt ist Frau Schmidt vom Kanzleramt fachlich endgültig in den Regen gestellt. Das Durcheinander der Regierung in Sachen Gesundheitspolitik ist nicht mehr zu überbieten. Über heimlich gestreute Papiere aus dem Kanzleramt den Eindruck zu erwecken, der Kanzler wisse, wo es lang gehe, ist ein durchschaubarer Versuch. Die Bürger haben aber ein Recht auf Transpa-

renz. Bis heute verweigert die Regierung den Bürgern den Einblick in die tatsächlichen Kosten. Die CDU fordert, dass alle Patienten einen Durchschlag ihrer Arztrechnungen erhalten, um über die tatsächlichen Leistungen informiert zu sein. Das ist ein erster Schritt zu mehr Klarheit und Wahrheit im Gesundheitssystem. Wenn die Menschen wissen, wie belastet das System ist, wird sich auch der Reformdruck erhöhen. Es ist doch kein Wunder, dass in dieser Gemengelage die Krankenkassen reihenweise ihre Beiträge erhöhen müssen. Das geht in erster Linie auf Kosten der

Bürger und ihrer Gesundheit. Durch den mangelhaften gesundheitspolitischen Durchblick verfehlt die Regierung das Ziel, die Sozialabgabenquote unter 40 % zu senken. Das belastet die ohnehin kränkelnde Konjunktur ebenso wie die erhöhten Beitragssätze. Die Zeche zahlt erneut der Bürger. Die Zweiklassen-Medizin von Rot-Grün ist endgültig gescheitert. Schröder muss jetzt handeln statt zu taktieren. Schröders Hand ist nicht ruhig, sondern lahm. Zupacken kann er längst nicht mehr. Er hat das Regieren nicht im Griff und taktiert damit die Konjunktur in den Keller



PDS/MAUERBAU

Keine Entschuldigung

Die SED-Nachfolgeorganisation hat weder den Mut noch den Anstand gehabt, sich für den Mauerbau und die Opfer des „antifaschistischen Schutzwalls“ zu entschuldigen. Stattdessen wohlfeile Floskeln, die verdecken sollen, dass die PDS den Bruch mit der Vergangenheit keineswegs vollzogen hat. Der Bau der Mauer vor 40 Jahren und das von der SED als der dafür verantwortlichen Kraft begangene Unrecht werden verurteilt, mehr nicht – und das ist zu wenig, um der Partei Glaubwürdigkeit zuzubilligen.

Braunschweiger Zeitung

Halbherziges Bedauern

„Wir bedauern das von der SED als der dafür verantwortlichen politischen Kraft ausgegangene Unrecht.“ Das ist es, was die PDS zum 40. Jahrestag des

Mauerbaus zu sagen hat. Keine Entschuldigung, eher eine kühle Erklärung zu einem unangenehmen Vorfall. Wenn die PDS meint, mit diesem halbherzigen Bedauern habe sie sich den Persilschein als demokratische Partei ausgestellt, irrt sie. Die PDS ist keine Neugründung. Sie ist die umbenannte SED. Insofern ist es lächerlich, wenn sich Parteichefin Zimmer darauf zurückzieht, 1961 erst sechs Jahre alt gewesen zu sein. Natürlich hat sie die Mauer nicht gebaut. Aber sie ist Vorsitzende der Partei des Mauerbaus geworden, mit der historischen Verantwortung. Wahrscheinlich ist dieses fade Bedauern der Maximal-Konsens, der in der PDS möglich ist.

Berliner Morgenpost

Schuldenregister

Mauererklärung der PDS Dabei ist das Schuldenregister noch nicht einmal ausgeschöpft. Neben der brutalen Zwangsvereinigung KPD-SPD, der Niederschlagung des Volksauf-

standes vom 17. Juni, dem Mauerbau vor 40 Jahren – wofür sich nun die PDS zwar nicht entschuldigen mag, aber was sie wenigstens bedauert – wären mindestens die Verbrechen der stalinistischen Verfolgung hinzuzufügen. Viele der eigenen Genossen wurden in den Arbeitslagern gequält und geschunden – mancher kam aus Sibirien nicht zurück. In diese Zeit fällt die Gründung der verbrecherischsten Organisation dieser schuldbeladenen Partei – des Staatssicherheitsdienstes.

Freie Presse Chemnitz

FAMILIEN

Armutrisiko

Familie hat in Deutschland keine Konjunktur. Daran haben höchst richterliche Urteile und politische Absichtserklärungen nichts geändert. Und wir auf Bestellung kamen in der letzten Woche Berichte, wonach Kinder in Deutschland das Armutsrisiko Nummer eins darstellen. Wenn jetzt die



SPD mit der Forderung nach einem Erziehungsgeld als Lohnersatz an die Öffentlichkeit tritt, so klingt das hervorragend. Viel schwieriger bleibt jedoch die mentale Umsetzung. Eine Gesellschaft, die den Spaßfaktor zum Götzen erhoben hat, wird sich auch durch Geldgeschenke nicht davon abbringen lassen, Kinder als etwas höchst Lästiges bei der Erfüllung ihrer Wünsche anzusehen.

Dithmarscher LZ

BUNDESWEHR

Wehretat

Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Bundesregierung ist gespannter denn je. Immer kompliziertere, aber notwendige Aufgaben wie in Bosnien und Mazedonien stehen einem immer kleineren Wehretat gegenüber. Das geht auf Dauer nicht gut. Bei allen Widersprüchlichkeiten steht allerdings fest: Wenn die NATO Einsatzkräfte nach Mazedonien schickt, darf auch die Bun-

deswehr nicht fehlen. Angesichts der zentralen Rolle, die die Bundesrepublik innerhalb Europas spielt, muss sie Verantwortung übernehmen, wenn es erneut darum geht, Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan zu garantieren. Das kostet Geld, ist aber unausweichlich.

Pforzheimer Zeitung

WAHLKAMPF BERLIN

Randale

Das wird die Republik nicht so bald vergessen: Eier und Flaschen fliegen auf dem Alexanderplatz. Die Unionsführung muss den Wahlkampf abbrechen. Die SPD-Führung lässt dementieren: Ihre Jungmänner hätten nichts mit der elenden Szene zu tun. Dito lässt sich die PDS vernehmen. Doch wer hat dann die Randale veranstaltet? Immerhin hat der SPD-Landesverband im Internet dazu aufgerufen, den CDU Wahlkampf zu „schmücken“ und sich zu „Fototerminen“ einzufinden. Das ist nicht mehr lu-

stig. Ein Hauch von Weimar liegt in der Luft, von Hass und Unversöhnlichkeit. Jetzt geht es für die Nadelstreifen-Träger im Willy-Brandt-Haus und im Kanzleramt um Schadensbegrenzung. Sonst kann man der anno 1998 so hilfreichen und 2002 wieder unentbehrlichen „Neuen Mitte“ ein letztes Lebewohl zuwinken. Die Nation aber müsste sich auf eine andere Republik einstellen. B. Z.

SOLIDARPAKT

Keine Herzenssache

Man nehme zwei flotte Cousinen mit schöner DDR-Vergangenheit. Dazu noch eine weniger flotte Verwandte mit Stasi-Kratzern. Willkommen sind alle drei, man wisse ja nicht, was aus einem selber geworden wäre, gell! Hinzu kommen 306 Deutsche Mark-Milliarden in den Ost-Solidaritätstopf. Schröders gesamtdeutsches Werk ist eine Cousinen-Demokratie, aber keine Herzenssache.

Leipziger Volkszeitung

Ob DIN A1-Plakate oder Logo-Aufkleber, alles kann gut an diesem Stand angebracht werden.

Preis · Ausführung · Lieferbedingungen,
siehe Bestellschein rechts



**Auf dem neuen
CDU-Logo-Bogen
finden Sie für jedes
Format die passende
Logo-Größe.**

**Bogen mit Aufkleber CDU
und www.cdu.de**

Bestell-Nr.: **0546**

Preis je Rolle: 29,00 DM
(14,83 EURO)

**Gestaltungsvorschlag:
CDU-Logo von dem Logo-Bogen. Jedes CDU-Plakat
in DIN A1 paßt an den Canvassing-Stand.**

CANVASSING-STAND

Bestellschein

- Außenwerbemittel -

CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Fax: 030/220 70-389

WICHTIGER HINWEIS!

Ab sofort
ist der neue Canvassing-Stand
lieferbar.

Absender / KV-Nr.

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

.....
CDU-Verband
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
.....
Tel.-Nr.
.....

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

.....
CDU-Verband
.....
Ansprechpartner
.....
Straße
.....
PLZ, Ort
.....
Tel.-Nr.
.....

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

MENGE	ARTIKEL	EINZELPREIS	GESAMTPREIS
	Canvassing-Stand aus witterungsbeständigen Kunststoff • bestehend aus Vorderfront und 2 Seitenteilen – faltbar • Thekenplatte mit 2 Bohrlöchern / wahlweise für Aufsatz-Panel oder CDU-Sonnenschirm • 2 Einlegeböden mit je 2 Bohrlöchern Außenmasse: Breite 0,79 m x Höhe 0,90 m x Tiefe 0,49 m	245,00 DM	
	Aufsatz-Panel Panel aus Kunststoff und 6-teilige Haltestangen	72,00 DM	
	Tragetasche aus schwarzen Nylon und rundumlaufenden Reißverschluss für den kompletten Stand inkl. Aufsatz	89,00 DM	

- alle Preise zzgl. MwSt.
- für Handling und Lagerung zzgl. 10,00 DM pro Bestellung
- Normalversand (innerhalb einer Woche) zzgl. ca. 15,00 DM
- Eilversand (über Nacht) zzgl. ca. 30,00 DM

.....
Datum

.....
Unterschrift



Sie SOLL KRÄFTIG WACHSEN KÖNNEN.
UNSERE WIRTSCHAFT AUCH.



CDU

Faltkarte „Wirtschaftswachstum- 10 Punkte für den Aufschwung“

Bestell-Nr.: 2739
100 Expl.: 14,00 DM
(7,16 EURO)

Postkarte „Rot-Grün: Nix richtig. Nur teuer.“

Bestell-Nr.: 9757
100 Expl.: 15,00 DM
(7,67 EURO)

Konjunktur: 30.000 Unternehmenspleiten!

Ökosteuern: Jedes Jahr kommt's dicker.

**Rot-Grün:
Nix richtig.
Nur teuer.**

Gesundheitspolitik: Beitragssteigerung ohne Ende.

Inflation: Die Mark ist täglich weniger wert.

Sofortprogramm der CDU

für mehr
**Wachstum
Beschäftigung**

CDU



Leporello „10-Punkte-Sofortprogramm der CDU für mehr Wachstum & Beschäftigung“

Bestell-Nr.: 2758
100 Expl.: 30,00 DM
(15,34 EURO)

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Poster-Plakat „Ludwig Erhardt“ Neue Soziale Marktwirtschaft

DIN A1: Bestell-Nr.: **7755**

25 Expl.: 17,00 DM
(8,69 EURO)

DIN A0: Bestell-Nr.: **7756**

25 Expl.: 38,00 DM
(19,43 EURO)

www.neue-soziale-marktwirtschaft.CDU.de

OK

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

Telefax 02524/911310

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen